



Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 26.05.2026
Raum, Ort: Bürgerschaftssaal, Rathaus, Breite Straße 62, 23552 Lübeck
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:54 Uhr

Anwesend

Vorsitz:

Name	Bemerkung
Christopher Lötsch - CDU	

Stimmberechtigte Mitglieder:

Name	Bemerkung
Michelle Akyurt - CDU	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Thorsten Fürter - FDP	
Dirk Groß - AfD	
Dr. Marek Lengen - SPD	Vertretung für: Frank Zahn
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Sandra Odendahl - SPD	
Peter Petereit - SPD	
Renate Prüß - SPD	
Juleka Schulte-Ostermann - Die Linke & GAL	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Bernhard Simon - CDU	
Detlev Stolzenberg - Die FRAKTION	
Andreas Zander - CDU	anwesend bis TOP 16.1 (18:52 Uhr)

Mitglieder ohne Stimmrecht:

Name	Bemerkung
Bürgermeister Jan Lindenau - Fachbereich 1 - Bürgermeister	
Lothar Möller - BfL (fraktionsloses Bürgerschaftsmitglied)	anwesend ab TOP 1 (16:37 Uhr)
Tim Stüttgen - Volt (fraktionsloses Bürgerschaftsmitglied)	anwesend ab TOP 1 (16:33 Uhr)

Name	Bemerkung
Gregor Voht - Freie Wähler (fraktionsloses Bürgerschaftsmitglied)	

Beiratsmitglieder:

Name	Bemerkung
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen	anwesend im öffentlichen Sitzungsteil
Christian Brandt - Beirat für Menschen mit Behinderungen	anwesend im öffentlichen Sitzungsteil

Weitere Teilnehmende a. Bürgerschaft u. Fraktionen:

Name	Bemerkung
Andreas Müller - Die Linke & GAL	

Verwaltung:

Name	Bemerkung
Senatorin Pia Steinrücke - Fachbereich 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senatorin Monika Frank - Fachbereich 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Joanna Hagen - Fachbereich 5 - Planen und Bauen	
Sebastian Ziemann - 1.300 - Recht	
Oliver Groth - 1.101 - Bürgermeisterkanzlei	auch im nichtöffentlichen Sitzungsteil anwesend
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	anwesend im öffentlichen Sitzungsteil

Geschäftsführung:

Name	Bemerkung
Tim Landschof - 1.101 - Bürgermeisterkanzlei	

Abwesend

Stimmberechtigte Mitglieder:

Name	Bemerkung
Frank Zahn - SPD	entschuldigt

Verwaltung:

Name	Bemerkung
Senator Ludger Hinsen - Fachbereich 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Sitzungsteil:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage
1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2026	
2.2	Genehmigung der Niederschrift vom 12.05.26	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort auf Anfrage des Hauptausschusses zum Thema Sporthalle Falkenwiese	20/0170
3.2	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Umweltdaten der Kitas und Schulen nicht verfügbar: Handlungsbedarf im Dashboard-System	VO/2025/13890
3.2.1	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Ausfälle und technische Probleme mit dem CO2-Cockpit (Dashboard) für die Lübecker Schulen und Kitas	VO/2025/13901
3.2.2	Antwort auf Anfragen des AM Schulte-Ostermann (GAL) im Hauptausschuss zu Ausfällen und technischen Problemen mit dem CO2-Cockpit (Dashboard) für die Lübecker Schulen	20/0139
3.3	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Stelen im Straßenraum	20/0257
3.4	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO ₂ -Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck (verschoben von TOP 4.8.3)	
3.5	NEU: Anfrage AM Fürter: Nachfrage zu der Antwort auf die Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verbot des Einbaus klassischer Gasthermen ab 30.06.2026 in Lübeck (VO/2025/14641-01)	
3.6	NEU: Anfrage stellv. AM Dr. Lengen: Notwendigkeit der CO ₂ -Messgeräte in allen Schulen	

3.7	NEU: Anfrage AM Voht: Gesetzliche Notwendigkeit für ein CO2-Dashboard	
3.8	NEU: Anfrage AM Stolzenberg: Möglicher Fehler im Zwischenbericht Raumplanung IV	
3.9	NEU: Anfrage AM Fürter: Sachstand Veräußerung der Immobilie Schildstraße 12	
3.10	NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Langfristiger Finanzplan der SIE	
3.11	NEU: Anfrage AM Müller-Lornsen: Sachstand Veräußerung Priwallkrankenhaus	
4	Berichte	
4.1	Zwischenbericht zum Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim	VO/2023/11920-03
4.1.1	AM Michelle Akyurt (CDU), AM Dr. Axel Flasbarth (BÜ90/DIE GRÜNEN), Thorsten Fürter (FDP) - Antrag zu: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim	VO/2023/11920-04
4.2	Zentrale Stelle Rettungsdienst, Anstalt öffentlichen Rechts-Kenntnisnahme Wirtschaftsplan 2026, Ergebnisverwendung 2024	20/0014
4.3	Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26	VO/2026/14901
4.4	Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26	VO/2026/14941
4.5	Feuerwehrgerätehäuser – Sachstandsbericht	20/0127
4.6	Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027 (ursprünglich VO/2026/14884)	20/0036
4.6.1	AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION): Anfrage zu Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo	VO/2026/14986
4.6.2	Antwort zur Anfrage AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION) zu den Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo	20/0087

4.6.3	AM Bernhard Simon (CDU): Ergänzende Informationen zu VO/2026/14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027	VO/2026/14988
4.6.4	Antwort zur Anfrage AM Bernhard Simon (CDU) zu ergänzenden Informationen zur VO/2026-14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027	20/0083
4.7	Organisationsanpassung GMHL – Vorgehensweise 2026 im Kontext des Haushalts 2026	20/0079
4.8	Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO ₂ -Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck	20/0136
4.8.1	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Speicherung und Darstellung der Messdaten, Antrag zu "Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO ₂ -Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck"	20/0136-04
4.8.2	Am Juleka Schulte-Ostermann (GAL), CO ₂ -Messdaten mit Raumzuordnung versehen, Antrag zu "Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO ₂ -Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck"	20/0136-05
4.8.3	AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO ₂ -Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck	20/0136-06
4.9	Änderungen im Busangebot mit Ende der Baumaßnahmen in der Beckergrube zum Fahrplanwechsel 2026/2027	20/0157
5	Beschlussvorlagen	
5.1	1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Hansestadt Lübeck	20/0173
5.2	Umsetzung der Kreditkürzung und Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen zum Haushalt 2026	20/0151
5.3	Freigabe einer geförderten Projektstelle	VO/2025/14776
5.4	Aufhebung des Sperrvermerks für zwei Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst und Verlagerung der Stellen in die Einbürgerung der Ausländerbehörde	20/0022

5.5	Gründung eines 8. Gymnasiums in Moisling	VO/2026/14957
5.5.1	Beantwortung verschiedener Fragen aus dem Hauptausschuss vom 28.04.2026 zur Gründung eines 8. Gymnasiums VO/2026/14957	VO/2026/14957-04
5.6	Verlängerung der bestehenden Budgetverträge um ein Jahr	20/0205
5.7	Gem. AT - CDU, BÜ90/ DIE GRÜNEN, FDP: Haushaltsbegleitbeschluss - Haushalt 2026 zu VO 2025/14306-01-01 Nr. 6b - Prüfung Zuschuss/max. Höhe Fehlbedarfsausgleich für die Travemünder Woche 2026	20/0030
5.8	Projektfreigabe „Instandsetzung und Teil-Nutzungsänderung Meesenring 8“	20/0050
5.9	Änderungen im Busangebot im Korridor Lübeck – Kücknitz – Travemünde zum Fahrplanwechsel 2026/2027	20/0162
5.10	Projektfreigabe „Bike+Ride-Anlage am Bahnhofpunkt Lübeck-Moisling Südseite“	20/0163
5.11	Aufhebung von zwei Sperrvermerken - 5.651 Gebäudemanagement	20/0189
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP: Parkraummanagement	20/0125
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Digitalisierung	
10	Verschiedenes	
11	Ende des öffentlichen Teils	

Öffentlicher Sitzungsteil:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage
17	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentliche Niederschrift

Öffentlicher Sitzungsteil:

Zu 1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

+++

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet seien, dies mitzuteilen. Ob jemand befangen sei, entscheide im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende fragt, ob sich jemand zu einem bestimmten TOP befangen fühle.

Keine Wortmeldungen.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Tonbandaufzeichnung angefertigt würde, die der Erstellung der Niederschrift diene.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass folgende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht worden seien:

TOP 3.3

TOP 4.1.1

TOP 4.8.1

TOP 4.8.2

TOP 4.8.3

+++

Der Vorsitzende schlägt vor, die folgenden TOP zu vertagen:

TOP 2.2 [aufgrund des Nichtvorliegens logischerweise auch TOP 12.2 einschließlich]

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.2

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.5

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.6 (einschließlich TOP 4.6.1, 4.6.2, 4.6.3 und 4.6.4)

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.7

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 4.8 (einschließlich TOP 4.8.1, 4.8.2 und 4.8.3)

AM Schulte-Ostermann spricht sich gegen eine Vertagung ihrer Anfrage unter TOP 4.8.3 aus.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Anfrage unter TOP 3 einzusortieren, um sie heute durch die Verwaltung aufnehmen zu lassen.

AM Schulte-Ostermann ist damit einverstanden.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

TOP 5.3

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung diesen TOP zurückziehe.

TOP 5.11

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

+++

Der Vorsitzende gibt die im nichtöffentlichen Sitzungsteil der letzten Sitzung am 12.05.2026 gefassten Beschlüsse bekannt:

- Der Bericht zum Status der Beschaffung im ERP Projekt wird zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister wird beauftragt:

2. die Beschaffung gemäß der Empfehlung im Bericht umzusetzen. (Entscheidung im Hauptausschuss)

- Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Fläche von ca. 1.250 m² in St. Gertrud ab dem 01.09.2026 zur Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete anzumieten.

Der Vorsitzende gibt die im nichtöffentlichen Sitzungsteil der letzten Sitzung am 12.05.2026 für die Bürgerschaft beschlossenen Empfehlungen bekannt:

- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, **Am Heidkoppelgraben** mit dem Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, **Travemünder Allee** mit den Erbbauberechtigten zu.
- Die Bürgerschaft stimmt der vorzeitigen Verlängerung des mit einem Erbbaurecht belasteten Grundstücks Lübeck, **Travemünder Allee** mit dem Erbbauberechtigten zu.

+++

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder über die nichtöffentliche Behandlung von Angelegenheiten erforderlich sei (§ 35 Absatz 2 GO). Er teilt mit, dass die TOP 13.1 und 15.1 bis 15.4 für die Beratung im nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgeschlagen worden seien.

Der Vorsitzende fragt, ob der nichtöffentlichen Beratung widersprochen werde.

AM Stolzenberg teilt mit, dass er bzgl. der Angelegenheit unter TOP 15.3 nicht erkennen könne, weshalb eine Geheimhaltung erforderlich sei.

Senatorin Hagen führt die Gründe für eine nichtöffentliche Beratung aus.

Es spricht AM Dr. Flasbarth.

Der Vorsitzende legt dar, dass eine Diskussion über die Zuordnung nichtöffentlich zu führen wäre. Alternativ könne man zu Beginn des nichtöffentlichen Sitzungsteils noch einmal über eine mögliche öffentliche (Teil)Beratung sprechen.

Der Vorsitzende lässt über das letztgenannte Vorgehen bzgl. TOP 15.3 abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	01
Enthaltungen:	01

Der Vorsitzende fragt, ob der nichtöffentlichen Beratung der übrigen Angelegenheiten unter TOP 13.1, 15.1, 15.2 und 15.4 widersprochen werde.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

+++

Der Vorsitzende teilt mit, dass über die Teilnahme von Personen am nichtöffentlichen Sitzungsteil vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen sei (§ 39 Absatz 3 GeschO).

Es sei die Teilnahme der folgenden Person beantragt worden:

- **Oliver Groth**, Bereich Bürgermeisterkanzlei

Der Vorsitzende fragt, ob der Teilnahme widersprochen werde:

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Zu 2. Genehmigung der Niederschrift

Zu 2.1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2026

vertagt

AM Fürter kommt auf seine Nachfrage unter TOP 3.2.1 der Sitzung vom 28.04.2026 zurück und weist darauf hin, dass die Antwort zu Protokoll gegeben werden sollte. Er könne eine Antwort in der Niederschrift jedoch nicht finden und bittet deshalb um Aufklärung.

Senatorin Frank teilt mit, dass sie aus dem Fachbereichscontrolling des Fachbereichs 3 am 13.05.2026 die Mitteilung erhalten habe, dass die Anfrage erst damals im Fachbereich 3 eingegangen sei und dass die Antwort nun in Bearbeitung sei.

AM Fürter bittet darum, seine heutige Nachfrage als neue mündliche Anfrage zu verstehen. Diese könne auch außerhalb der Niederschrift beantwortet werden.

AM Dr. Flasbarth bittet darum, dass der Mitschnitt der Hauptausschusssitzung vom 28.04.2026 und derjenige der Bürgerschaftssitzung vom 30.04.2026 aus Gründen der Beweissicherung nicht gelöscht werden mögen.

AM Voht bittet den Bereich Recht um Aufklärung bzgl. des Widerspruchs zwischen der Einwilligung für eine Aufzeichnung der Sitzung zum Zwecke der Erstellung der Niederschrift und der nun gewünschten Verwendung der Aufzeichnung zu Zwecken der Beweissicherung.

Herr Ziemann führt aus, dass der Antrag von AM Dr. Flasbarth darauf abziele, die Aufzeichnung länger aufzubewahren, als in der Geschäftsordnung für die Bürgerschaft vorgesehen. Er erklärt, dass es in diesem Zusammenhang erforderlich sei, die Gründe für eine längere

Aufbewahrung konkret darzulegen. Anschließend werde die Verwaltung über den Antrag entscheiden.

AM Dr. Flasbarth teilt mit, dass morgen eine schriftliche Begründung vorgelegt werde.

Infolge einer Wortmeldung des Bürgermeisters erläutert Herr Ziemann, dass für den Fall der längeren Aufbewahrung der Aufzeichnung einer Ausschusssitzung ein berechtigtes Interesse darzulegen sei. Die Geschäftsordnung für die Bürgerschaft schließe die längere Aufbewahrung der Aufzeichnung einer Ausschusssitzung grundsätzlich aus, während für die Bürgerschaftssitzungen eine andere Regelung gelte.

AM Dr. Flasbarth betont erneut, dass am morgigen Tag eine Begründung für den Antrag vorgelegt werde.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nunmehr zwei Möglichkeiten bestünden: Es wird entweder die Vertagung der Genehmigung der Niederschrift beantragt oder infolge einer Genehmigung in der heutigen Sitzung wird die fragliche Aufzeichnung gelöscht.

AM Dr. Flasbarth beantragt die Vertagung der Genehmigung.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	05
Enthaltungen:	00

AM Petereit bittet darum, den angekündigten Antrag samt Begründung allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen, sobald er vorliege.

Der Vorsitzende bittet Herrn Ziemann darum, in der kommenden Sitzung zu dem Antrag sprechfähig zu sein.

Herr Ziemann weist abschließend grundsätzlich darauf hin, dass kommunale Gremien keine Ermittlungsbehörden seien. Eine Zuständigkeit bestehe für kommunale Selbstverwaltungsaufgaben, nicht aber für Ermittlungen oder Verfahren, die geführt werden könnten. Dieser Aspekt werde auch bei der Beurteilung des Antrages eine Rolle spielen.

Zu 2.2. Genehmigung der Niederschrift vom 12.05.26

vertagt

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Zu 3.1. Antwort auf Anfrage des Hauptausschusses zum Thema Sporthalle Falkenwiese

20/0170 zur Kenntnis genommen

Keine Wortmeldungen.

Zu 3.2. AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Umweltdaten der Kitas und Schulen nicht verfügbar: Handlungsbedarf im Dashboard-System

VO/2025/13890 zur Kenntnis genommen

Zu 3.2.1. AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Ausfälle und technische Probleme mit dem CO2-Cockpit (Dashboard) für die Lübecker Schulen und Kitas

VO/2025/13901 zur Kenntnis genommen

Zu 3.2.2. Antwort auf Anfragen des AM Schulte-Ostermann (GAL) im Hauptausschuss zu Ausfällen und technischen Problemen mit dem CO2-Cockpit (Dashboard) für die Lübecker Schulen

20/0139 zur Kenntnis genommen

Gemeinsame Beratung von TOP 3.2, 3.2.1, 3.2.2 und 3.4.

Wortmeldungen: AM Schulte-Ostermann, der Bürgermeister, stellv. AM Dr. Lengen, der Vorsitzende.

+++

AM Schulte-Ostermann weist die Antwort als sachlich unzutreffend zurück. Sie bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Bis zu welchem konkreten Zeitpunkt wird der nachweislich vorliegende Fehler bei der Schwellenwert-Zuordnung der ppm-Werte zu den Ampelfarben in den Grafendarstellungen der Kacheln final – also auch systemseitig für alle Kacheln im System – behoben sein?
2. Bis wann werden die massiven Datenausfälle von Sensoren ganzer Schulen im Dashboard vollständig behoben sein – sowohl bei tatsächlichen Hardwareproblemen vor Ort als auch in den Fällen, in denen bereits an den Server der Stadtwerke Lübeck übermittelte Messdaten aufgrund von Verarbeitungs-, Abfrage- oder Anzeigeproblemen nicht im Dashboard erscheinen?
3. Wurden aufgrund der seit Dezember 2024 andauernden Fehler im Dashboard die vertraglich vereinbarten Service-Level-Agreements geprüft und Vertragsstrafen gegenüber dem Dienstleister geltend gemacht? Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Zu 3.3. Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu Stelen im Straßenraum
20/0257 vertagt

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung.

Zu 3.4. AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO₂-Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck (verschoben von TOP 4.8.3)
vertagt

Gemeinsame Beratung von TOP 3.2, 3.2.1, 3.2.2 und 3.4.

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung (siehe auch Niederschrift zu TOP 4.8.3).

Zu 3.5. NEU: Anfrage AM Fürter: Nachfrage zu der Antwort auf die Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Verbot des Einbaus klassischer Gasthermen ab 30.06.2026 in Lübeck (VO/2025/14641-01)
zur Kenntnis genommen

Siehe Niederschrift zu TOP 2.1.

Die Nachfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 28.04.2026 lautet: AM Fürter möchte im Kontext der Antwort auf die Frage 5 wissen, ob die Bewohnerinnen und Bewohner der Altstadt vor dem Hintergrund der Tatsache der beschränkten Möglichkeiten des Einbaus von Wärmepumpen und der Errichtung von Solaranlagen sowie der Tatsache, dass die SWL nicht in der Lage sein werden, kurzfristig Wärmenetze in der Altstadt zur Verfügung zu stellen, nach dem 30.06.2026 als Härtefälle behandelt würden.

Nachtrag zur Niederschrift:

Antwort des Bereiches Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz:

Als Härtefälle gelten gemäß §102 des aktuellen GEG Gebäude, bei denen die notwendigen Investitionen in erneuerbare Energieanlagen in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert des Gebäudes und/oder zur prognostizierten Einsparung durch Energiekostensenkungen stehen. Bei dieser Bewertung sind ausdrücklich die „erwartbaren“ Preisentwicklungen für Energie einschließlich der Preise für Treibhausgase nach dem europäischen und dem nationalen Emissionshandel zu berücksichtigen.“

Daraus folgt, dass es keine pauschale Härtefallregelung für ganze Stadtteile geben kann. Da die Inbetriebnahme neuer Gasheizungen durch den Bezirksschornsteinfeger erfolgt, ist dieser der erste Ansprechpartner. Die Härtefälle müssten gegenüber der Bauaufsicht nachgewiesen werden, da diese mit der Umsetzung des GEG beauftragt ist. Das GEG wird in Kürze durch das Gebäudemodernisierungsgesetz abgelöst, womit der Einbau von Gasheizungen vorerst weiter erlaubt ist, wenn nachweislich ein Gastarif mit Biogasbeimischung gewählt wird.

Zu 3.6. NEU: Anfrage stellv. AM Dr. Lengen: Notwendigkeit der CO2-Messgeräte in allen Schulen

zur Kenntnis genommen

Stellv. AM Dr. Lengen möchte im Zusammenhang mit der Diskussion zu TOP 3.2, 3.2.1, 3.2.2 und 3.4 wissen, ob es weiterhin notwendig sei, CO2-Messgeräte an allen Schulen bereitzuhalten.

Der Bürgermeister erklärt, dass er dies mit Ja beantworten könne. Es werde demnächst einen Bericht geben.

Zu 3.7. NEU: Anfrage AM Voht: Gesetzliche Notwendigkeit für ein CO2-Dashboard

zur Kenntnis genommen

AM Voht fragt danach, ob es eine gesetzliche Notwendigkeit für ein CO2-Dashboard gebe.

Der Bürgermeister erklärt, dass durch das CO2-Dashboard keine Mehrkosten entstünden, da es sich um das Smart-City-Portal der HL handele. Es sei keine klassische Zuarbeit erforderlich, die Live-Daten würden direkt eingespielt. Darüber hinaus gebe es andere Notwendigkeiten (z. B. Prüfung von Temperaturen durch Eltern im Zusammenhang mit möglichem Hitzefrei).

Zu 3.8. NEU: Anfrage AM Stolzenberg: Möglicher Fehler im Zwischenbericht Raumplanung IV

zur Kenntnis genommen

AM Stolzenberg spricht den Zwischenbericht Raumplanung IV an, in dem vorgeschlagen werde, den Verwaltungsstandort Hartengrube 19 zu veräußern. Die Eigentümerin des Gebäudes Hartengrube 19 habe ihn angesprochen und mitgeteilt, dass sie nicht verkaufen wolle. Er möchte wissen, ob möglicherweise eigentlich das Gebäude Hartengrube 23 gemeint sei und regt an, dem nachzugehen und den Bericht ggf. zu korrigieren.

Zu 3.9. NEU: Anfrage AM Fürter: Sachstand Veräußerung der Immobilie Schildstraße 12

zur Kenntnis genommen

AM Fürter fragt danach, wann ein Bericht vorgelegt oder das Gebäude veräußert werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass aktuell an der Fortschreibung des entsprechenden Gebäudeplanes gearbeitet werde, der voraussichtlich nach der Sommerpause vorgelegt werden solle. In dem Plan werde man dazu Stellung nehmen.

Zu 3.10. NEU: Anfrage AM Dr. Flasbarth: Langfristiger Finanzplan der SIE

zur Kenntnis genommen

AM Dr. Flasbarth fragt danach, wann mit der Vorlage der bürgerchaftlich beschlossenen Neuberechnung der langfristigen Finanzplanung der SIE zu rechnen sei.

Senatorin Steinrücke führt aus, dass man aktuell dabei sei, die unterschiedlichen Planungsphasen für die Neuausrichtung der SIE zu erarbeiten. Man halte es für sinnvoller, eine neue Finanzierungsplanung vorzulegen, sobald aus den Planungsphasen Erkenntnisse vorlägen.

Wortmeldungen: AM Dr. Flasbarth, Senatorin Steinrücke.

Zu 3.11. NEU: Anfrage AM Müller-Lornsen: Sachstand Veräußerung Priwallkrankenhau

zur Kenntnis genommen

AM Müller-Lornsen fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Senatorin Steinrücke sagt zu, den Sachstand zu Protokoll nachzureichen.

Nachtrag zur Niederschrift:

Der Bereich Wirtschaft und Liegenschaften reicht nach: Die Verkaufsanzeige wird im Laufe des Juni veröffentlicht.

Zu 4. Berichte

Zu 4.1. Zwischenbericht zum Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim

VO/2023/11920-03 *zur Kenntnis genommen*

Gemeinsame Beratung von TOP 4.1 und 4.1.1.

Wortmeldungen: AM Akyurt, Herr Uhlig, AM Prüß, AM Dr. Flasbarth, der Bürgermeister, Herr Ziemann, AM Stolzenberg, AM Fürter, AM Simon, AM Voht, Herr Böhm.

+++

Herr Uhlig sagt infolge einer Wortmeldung von AM Fürter zu, die Vorlagennummer zu dem einschlägigen Rechtsgutachten zu Protokoll nachzureichen.

AM Stolzenberg bittet darum, den Zwischenbericht in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege zu beraten.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen (siehe Niederschrift zu TOP 4.1.1).

Nachtrag zur Niederschrift:

Die Vorlagennummer lautet: VO/2024/13498-01.

Zu 4.1.1. AM Michelle Akyurt (CDU), AM Dr. Axel Flasbarth (BÜ90/DIE GRÜNEN), Thorsten Fürter (FDP) - Antrag zu: Weiterbetrieb des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim

VO/2023/11920-04 *ungeändert beschlossen*

Gemeinsame Beratung von TOP 4.1 und 4.1.1 (siehe Niederschrift zu TOP 4.1).

Antrag:

1. Der Hauptausschuss stellt fest, dass der mit dem interfraktionellen Antrag erteilte Prüfauftrag zur Zukunft des Heiligen-Geist-Hospitals (VO/2023/11920-02) ausschließlich die Ausarbeitung von stiftungszweckkonformen Nutzungsoptionen und -konzepten umfasst.
2. Der Bürgermeister wird aufgefordert, das beauftragte Büro anzuweisen, bei der weiteren Ausarbeitung lediglich Varianten in diesem Prüfumfang zu untersuchen und auf die im Zwischenbericht angekündigte „ergänzende Prüfung einer Variante ohne ein Alten- und Pflegeheim“ zu verzichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	04
Enthaltungen:	00

Zu 4.2. Zentrale Stelle Rettungsdienst, Anstalt öffentlichen Rechts- Kenntnisnahme Wirtschaftsplan 2026, Ergebnisverwendung 2024

20/0014 *vertagt*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.3. Schulstatistik der allgemeinbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26

VO/2026/14901 *zur Kenntnis genommen*

Keine Wortmeldungen.

Zu 4.4. Bildungsbericht hier: Schulstatistik der berufsbildenden Schulen der Hansestadt Lübeck 2025/26

VO/2026/14941 zur Kenntnis genommen

Keine Wortmeldungen.

Zu 4.5. Feuerwehrgerätehäuser – Sachstandsbericht

20/0127 vertagt

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.6. Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027 (ursprünglich VO/2026/14884)

20/0036 vertagt

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.6.1. AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION): Anfrage zu Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo

VO/2026/14986 vertagt

Zu 4.6.2. Antwort zur Anfrage AM Detlev Stolzenberg (Die FRAKTION) zu den Empfehlungen des Bürger:innenrates zum Lümo

20/0087 vertagt

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.6.3. AM Bernhard Simon (CDU): Ergänzende Informationen zu VO/2026/14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027
VO/2026/14988 *vertagt*

Zu 4.6.4. Antwort zur Anfrage AM Bernhard Simon (CDU) zu ergänzenden Informationen zur VO/2026-14884 - Kostenoptimierte Fortsetzung des Lümo-Angebots ab 2027
20/0083 *vertagt*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.7. Organisationsanpassung GMHL - Vorgehensweise 2026 im Kontext des Haushalts 2026
20/0079 *vertagt*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.8. Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO₂-Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck
20/0136 *vertagt*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.8.1. AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Speicherung und Darstellung der Messdaten, Antrag zu "Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO₂-Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck"
20/0136-04 *vertagt*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.8.2. Am Juleka Schulte-Ostermann (GAL), CO₂-Messdaten mit Raumzuordnung versehen, Antrag zu "Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO₂-Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck"

20/0136-05 *vertagt*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 4.8.3. AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Anfrage zu Statusbericht: Betrieb einer flächendeckenden CO₂-Messinfrastruktur an Schulen und Kindertagesstätten der Hansestadt Lübeck

20/0136-06 *vertagt*

Es erfolgt eine schriftliche Beantwortung (siehe auch Niederschrift zu TOP 3.4).

Zu 4.9. Änderungen im Busangebot mit Ende der Baumaßnahmen in der Beckergrube zum Fahrplanwechsel 2026/2027

20/0157 *zur Kenntnis genommen*

Keine Wortmeldungen.

Zu 5. Beschlussvorlagen

Zu 5.1. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Hansestadt Lübeck

20/0173 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

Die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Lübeck über die Erhebung einer Hundesteuer in der Hansestadt Lübeck wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.2. Umsetzung der Kreditkürzung und Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen zum Haushalt 2026

20/0151 *ungeändert empfohlen*

Wortmeldungen: AM Simon, der Bürgermeister, AM Dr. Flasbarth, Herr Uhlig, AM Siegenbrink, Senatorin Hagen, der Vorsitzende.

Beschlussempfehlung:

Zur Umsetzung der Kürzung der Investitionskredite und Verpflichtungsermächtigungen gem. Genehmigungserlass zum Haushalt 2026 werden die in Anlage 1 und 2 aufgeführten Investitionsmaßnahmen angepasst.

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:

(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.3. Freigabe einer geförderten Projektstelle

VO/2025/14776 *zurückgezogen*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 5.4. Aufhebung des Sperrvermerks für zwei Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst und Verlagerung der Stellen in die Einbürgerung der Ausländerbehörde

20/0022 *ungeändert beschlossen*

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Die Sperrvermerke der Stellen 8449 und 8450 werden aufgehoben und die Stellen innerhalb des Ordnungsamtes vom Kommunalen Ordnungsdienst zur Ausländerbehörde verlagert.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die stellenplanmäßige Ordnung herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.5. Gründung eines 8. Gymnasiums in Moisling

VO/2026/14957 *ungeändert empfohlen*

Gemeinsame Beratung von TOP 5.5 und 5.5.1.

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

Der Bürgermeister wird beauftragt beim Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur die Errichtung eines zweizügigen Gymnasiums in Moisling mit Start in 2028/29 mit den Klassenstufen 5 bis 10 zu beantragen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	01
Enthaltungen:	00

Zu 5.5.1. Beantwortung verschiedener Fragen aus dem Hauptausschuss vom 28.04.2026 zur Gründung eines 8. Gymnasiums VO/2026/14957

VO/2026/14957-04 *zur Kenntnis genommen*

Gemeinsame Beratung von TOP 5.5 und 5.5.1 (siehe Niederschrift zu TOP 5.5).

Zu 5.6. Verlängerung der bestehenden Budgetverträge um ein Jahr

20/0205 *ohne Votum weitergegeben*

Wortmeldungen: AM Fürter, der Bürgermeister, AM Akyurt, AM Voht, AM Dr. Flasbarth, Senatorin Frank.

+++

AM Fürter beantragt die Weitergabe ohne Votum an die Bürgerschaft.

Senatorin Frank sagt zu, die durch ihren Fachbereich gewährten Zuwendungen sowie die stattgefundenen Steigerungen der Bürgerschafts-AG zu den Zuwendungen zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende lässt über die Weitergabe ohne Votum abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	01
Enthaltungen:	00

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die bestehenden Budgetverträge und beschiedenen Zuwendungen, welche unter die Regelung des Haushaltsbegleitbeschlusses (VO/2025/14306-01-01 Ziffer 2) fallen, unter Beibehaltung der jeweils geltenden Rahmenbedingungen um ein Jahr zu verlängern.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, im laufenden Jahr die weiteren Gespräche und Abstimmungen mit den beteiligten Stellen, Politik und Vertragspartnern fortzuführen sowie den zuständigen Gremien anschließend eine weitergehende Entscheidungsgrundlage vorzulegen.

Zu 5.7. Gem. AT - CDU, BÜ90/ DIE GRÜNEN, FDP: Haushaltsbegleitbeschluss - Haushalt 2026 zu VO 2025/14306-01-01 Nr. 6b - Prüfung Zuschuss/max. Höhe Fehlbearbeitungsausgleich für die Travemünder Woche 2026

20/0030 *ungeändert empfohlen*

Wortmeldungen: Der Bürgermeister, AM Fürter.

+++

Der Bürgermeister gibt den Hinweis, dass die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen einen Antrag voraussetze.

Beschlussempfehlung:

Der max. Fehlbedarfsausgleich der Hansestadt Lübeck an die Travemünder Woche gGmbH für die Durchführung der Travemünder Woche 2026 beträgt, analog zu den Vorjahren, max. 300.000 EUR. Die entsprechenden Haushaltsmittel sind im Haushalt 2026 geordnet (siehe Anlage 1).

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.8. Projektfreigabe „Instandsetzung und Teil-Nutzungsänderung Meesenring 8“
20/0050 *ungeändert beschlossen*

Wortmeldungen: AM Stolzenberg, AM Voht, der Vorsitzende.

+++

AM Stolzenberg äußert sich dahingehend, dass er den Umzug der Abteilung Denkmalpflege in den Standort Meesenring für falsch halte. Er gibt die Bitte zu Protokoll, eine Lösung für die Baudenkmalpflege in der Innenstadt zu suchen und hoffentlich zu finden, da diese [die Innenstadt] existenziell wichtig für die Arbeit der Baudenkmalpflege sei.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die „Instandsetzung des Gebäudes Meesenring 8“ zur Herstellung eines zukunftsfähigen Verwaltungsgebäudes für den Bereich „Archäologie und Denkmalpflege“ sowie für eine regelkonforme Unterkunft für obdachlose Männer (Bodelschwingheim) auf der Grundlage der EW-Bau vorzunehmen. Die erforderlichen Interimsflächen sind auf dem Volksfestplatz zu errichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.9. Änderungen im Busangebot im Korridor Lübeck – Kücknitz – Travemünde
zum Fahrplanwechsel 2026/2027
20/0162 *ungeändert empfohlen*

Keine Wortmeldungen.

Beschlussempfehlung:

Der Bürgermeister wird beauftragt zum Fahrplanwechsel 2026/2027 im Kostenrahmen der VO/2025/14121-02 (Beschlusspunkt 1: 661.000,00 EUR/Jahr) folgende Anpassungen im ÖP-NV-Angebot vorzunehmen:

1. Im Korridor Lübeck – Kücknitz – Travemünde wird Variante C) gemäß Begründung (Abschnitt 6) umgesetzt, die u. a. die Verlängerung der Linie 50 bis Travemünde vorsieht.
2. Die Linie 15 (Sudetenstraße – Falkenstraße – Gustav-Radbruch-Platz) erhält wie in Vorlage 20/0157 aufgeführt eine Verlängerung im 60-Minuten-Takt über die Innenstadt bis ZOB/Hauptbahnhof (vgl. Abschnitt 7).

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	01

Zu 5.10. Projektfreigabe „Bike+Ride-Anlage am Bahnhaltepunkt Lübeck-Moisling Südseite“

20/0163 *ungeändert beschlossen*

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Projektfreigabe für den Neubau der „Bike+Ride-Anlage am Bahnhaltepunkt Lübeck-Moisling Südseite“ zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	00
Enthaltungen:	00

Zu 5.11. Aufhebung von zwei Sperrvermerken - 5.651 Gebäudemanagement

20/0189 *vertagt*

Siehe Niederschrift zu TOP 1.

Zu 6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Zu 6.1. CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP: Parkraummanagement 20/0125 geändert empfohlen

Wortmeldungen: AM Petereit, Senatorin Hagen, der Vorsitzende, AM Zander.

+++

Senatorin Hagen äußert sich dahingehend, dass der September 2026 bei einem solchen Antrag nicht zu halten sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, in der Fassung des Bauausschusses abzustimmen.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Antrag (geänderte Fassung):

Die Verwaltung hat mit Vorlage vom 28.07.2025 auf Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP zum Bericht Eckpunktepapier Parken über "Digitale Lösungen für Anwohner-Parksuchverkehr und die Vermittlung privater Parkflächen" berichtet.

1. Die Verwaltung wird an den Bericht anknüpfend beauftragt, die Einführung eines intelligenten Parkraummanagementsystems zu prüfen.
2. Dabei sind insbesondere digitale Lösungen wie sensor- oder datenbasiertes Parkraummanagement, Echtzeitinformationen, nutzerfreundliche Bezahl- und Steuerungssysteme (als Referenz kann die Stadt Jena dienen, die mit intelligenten Algorithmen Parkplätze optimiert hat) heranzuziehen. Zu prüfen ist auch, ob neben Parkflächen, die der Parkraumbewirtschaftung unterliegen, auch solche Verkehrsflächen, in denen das Parken im Straßenraum möglich ist, in die Systeme einbezogen werden können. Das im vorgenannten Bericht der Verwaltung geprüfte "Parkleitsystem in Wohnquartieren" soll in einem kleineren Straßenbereich erprobt werden.
3. Der Bürgerschaft ist ein Bericht vorzulegen, der
 - technische Möglichkeiten
 - Kosten und Fördermittel - **Ausweitung auf Parkraumbewirtschaftung**
 - Auswirkungen auf Verkehr, Umwelt und Aufenthaltsqualität
 - sowie einen möglichen Umsetzungsplan darstellt.
4. Es soll zudem geprüft werden, ob Plattformen integriert, von der Stadt genutzt oder

verbreitet werden können, über die ungenutzten Parkplätze befristet ge- und vermietet werden können (z.B. nachts vor Supermärkten)."

Die Ergebnisse sind spätestens zum September 2026 zur Beratung und weiteren Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Bürgerschaft:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	01
Enthaltungen:	00

Zu 7. Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

Zu 8. Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

Zu 9. Digitalisierung

Es liegt nichts vor.

Zu 10. Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Zu 11. Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Sitzungsteil. Alle nicht zur Teilnahme berechtigten Personen verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird mit dem nichtöffentlichen Sitzungsteil fortgesetzt.

Öffentlicher Sitzungsteil:

Zu 17. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:54 Uhr.

Christopher Lötsch
Vorsitz

Tim Landschof
Protokollführung